



BERN 2018 – STADT FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Antworten auf die sozialen Herausforderungen

Inhalt:

1. Generationen.....	2
2. Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt	4
3. Wohnen und Quartierentwicklung	5
4. Arbeit und Armut.....	7

Bern ist eine soziale Stadt, hat jedoch noch Verbesserungspotential. Sozialer Ausgleich und eine gerechte Gesellschaft sind für die SP von zentraler Bedeutung. Das gilt für die Stadt Bern, aber auch weltweit. Die Folgen globaler Ungerechtigkeit zeigen sich - etwa für Migrantinnen und Migranten, die nach Bern kommen - auch in unserer Stadt ganz direkt. Wenn die Unterschiede zwischen oben und unten weniger gross sind, profitieren davon alle: es gibt weniger soziale Probleme, mehr Lebensqualität und mehr Sicherheit. Sozialpolitik darf in diesem Sinn nicht verengt auf die Unterstützung „bedürftiger“ Menschen reduziert werden. Unser Anspruch ist, dass alle in jeder Lebenslage menschenwürdig und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Das vorliegende Positionspapier der Arbeitsgruppe Sozialpolitik der SP Stadt Bern enthält entsprechende Vorschläge mit einem Fokus auf die städtische Ebene. Sie dienen der SP Stadt Bern als Leitideen. Sozialpolitische Rahmenbedingungen werden zu einem grossen Teil auf nationaler und kantonaler Ebene gestaltet, deshalb ist die Einflussnahme auf städtischer Ebene bei vielen Themen eingeschränkt. Abschliessend werden drei sozialpolitische Forderungen formuliert, welchen für die städtische Sozialpolitik besondere Priorität zukommt.

Auf die Bereiche Gesundheit und Sucht wird in diesem Positionspapier nicht näher eingegangen.

1. Generationen

Trends und Herausforderungen

- Frauen sind stärker von Armut betroffen als Männer.
- Ein-Eltern-Haushalte sind allgemein am stärksten von Armut betroffen.
- Ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden in der Schweiz sind Kinder und Jugendliche.
- Neue Familienmodelle (Patchwork-Familien etc.) gewinnen an Bedeutung. In der öffentlichen Verwaltung wird diesem Umstand bisher aber zu wenig Rechnung getragen.
- Das traditionelle Familienmodell ist noch immer das verbreitetste. Es wird durch fehlende Massnahmen (z.B. Vaterschaftsurlaub, Teilzeitstellen für Männer, Akzeptanz von Care-Arbeit von Männern sowie Berufstätigkeit von Frauen) verstärkt und führt zu finanzieller Abhängigkeit von Frauen.
- Kinder in der Stadt Bern haben ungleiche Startbedingungen, z.B. bezüglich Bildung, aber auch bezüglich Zuwendung, Orientierung und Unterstützung durch Familie und Umfeld.
- In Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht dringender Handlungsbedarf. Es gibt weiterhin nicht genügend und erschwingliche familienergänzende Betreuungsangebote.
- Für Jugendliche und junge Erwachsene ist der Übergang zwischen Schule und Beruf nicht einfach zu bewältigen.
- Es gibt zu wenige Freiräume für Jugendliche.
- In den nächsten Jahren wird die Zahl der älteren Menschen stark steigen. Bis 2030 wird sich die Bevölkerungsgruppe der über 80-jährigen verdoppeln. Damit nimmt auch die Zahl jener Personen zu, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sein werden.
- Ein grosser Teil der Care-Arbeit wird noch immer von Frauen und unbezahlt geleistet. Dies bringt weitreichende Probleme wie fehlendes Einkommen, fehlende Beiträge zur Sicherung der Sozialversicherungsleistungen sowie der Altersvorsorge.

Stossrichtungen für Impulse und Massnahmen

- Kinder sind unsere Zukunft: Zur Erreichung der Chancengerechtigkeit sind Angebote der Frühförderung, Betreuungsangebote für Vorschul- und Schulkinder, Unterstützungsangebote für Familien und die offene Kinder- und Jugendarbeit von grosser Bedeutung. Wenn Familien und Kinder gestärkt werden, können Probleme - und damit auch hohe soziale Folgekosten - nachhaltig vermieden werden. Die SP Stadt Bern setzt sich für die Schaffung von Ganztageschulen und ausreichend Kitaplätzen sowie eine durchgängige Betreuung während den Schulferien ein. Die Angebote sollen für alle Bevölkerungsschichten bezahlbar sein, eine hohe Qualität aufweisen sowie altersgerecht und den Bedürfnissen der Kinder entsprechend ausgestaltet werden.
- Freiräume für Kinder und Jugendliche: Es braucht mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche, darunter insbesondere auch Orte und Plätze für Jugendkultur, wo kein Konsumzwang und kein Leistungsdruck herrschen. Für Kinder sollen mehr Abenteuerspielplätze geschaffen werden.
- Mit Bildung den Wohlstand sichern: Wichtig ist ein gutes und unentgeltliches öffentliches Bildungswesen auf allen Stufen, damit alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Bildung haben. Dazu gehören eine starke berufliche Bildung und genügend Lehrstellen, Unterstützung bei der Lehrstellensuche ebenso wie praktische Ausbildungen für Jugendliche, die den Anforderungen einer Lehre nicht gewachsen sind. Die SP Stadt Bern setzt

sich dafür ein, dass allen Kindern in allen Quartieren der Stadt Bern gute Bildungschancen ermöglicht werden.

- Neue Alterspolitik: Die Alterspolitik der Stadt Bern setzt den Akzent auf das „aktive Altern“. Es braucht neue Wohnmodelle, die auf gegenseitige Unterstützung setzen. Pflegebedürftige Menschen erhalten unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation eine selbstbestimmte, individuell angepasste und professionelle Pflege und Unterstützung.
- Das Potenzial der älteren Bevölkerung soll einbezogen werden, z.B. mit Projekten in den Quartieren. Zukunftsweisend sind auch generationenübergreifende Wohnformen, z.B. Mehrgenerationenhäuser. Daneben braucht es mehr Entlastungsangebote für pflegende Angehörige. Altersarmut darf es nicht mehr geben.
- Care-Arbeit sollte vergesellschaftlicht werden.

2. Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Trends und Herausforderungen

- Durch die Individualisierung der Gesellschaft nimmt der soziale Zusammenhalt ab.
- Die Kommunikation in der virtuellen Welt nimmt zu – die Pflege von realen sozialen Kontakten im Alltag nimmt hingegen weniger Raum ein als früher. Gleichzeitig stellt der Alltag an den Einzelnen immer höhere Anforderungen im Umgang mit digitalen Medien. Es besteht die Tendenz, dass ältere Menschen und Menschen aus bildungsferneren Schichten immer weniger am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Durch nationale oder internationale Konflikte und steigende wirtschaftliche Ungleichheit auf internationaler Ebene nimmt der Migrationsdruck zu.
- Es gibt verschiedene Formen der Migration, z.B. Flucht vor politischer Verfolgung und schlechten Lebensbedingungen, freiwillige Migration, Abwanderung in Stadtgebiete, etc.
- Die Transkulturalität stellt die Politik vor neue Herausforderungen. Transkulturalität meint die Begegnung verschiedener Kulturen, die sich zunehmend durchdringen, miteinander vernetzen und neue Kulturen hervorbringen.
- Menschen der LGBTIQ-Community (Lesbisch Schwul Bi Trans* Inter* Queer) weisen aufgrund von Diskriminierung ein höheres Armutsrisiko auf. Es gibt kaum Angebote, welche auf deren spezifischen Bedürfnisse ausgerichtet sind.
- Ohnmachtsgefühle gegenüber einer immer undurchschaubareren und komplizierteren Welt können dazu führen, dass die Migrant*innen „für alles“ verantwortlich gemacht werden. Globalisierung, Migration, Technisierung und Digitalisierung der Welt hängen jedoch auf eine komplexe Art zusammen. Einfache Schuldzuschreibungen greifen zu kurz und werden der Realität nicht gerecht. Die SP wehrt sich gegen plakative Sozialhilfekürzungen, die sich diskriminierend auf gewisse Bevölkerungsgruppen oder –schichten auswirken.

Stossrichtungen für Impulse und Massnahmen

- Bürgernahe Sozialpolitik betreiben: Soziale Angebote sichtbar machen, freiwilliges Engagement fördern und belohnen, Massnahmen zum Umgang mit gesellschaftlichen Spannungen entwickeln.
- Gemeinschaftliches Engagement / Freiwilligenarbeit ist der soziale Kitt für die Gesellschaft: Die bestehenden Angebote, wo sich Menschen unterschiedlicher Herkunft begegnen, Beziehungen aufbauen und gemeinsame Projekte umsetzen können, sollen finanziell abgesichert, gefestigt und weiterentwickelt werden. Mit Hilfe von integrativen Projekten kann ein Gemeinsinn entwickelt werden.
- Integration passiert in erster Linie über Partizipation. Eine wichtige Grundlage dafür ist die Fähigkeit zu kommunizieren. Die bestehenden Angebote, Sprachkurse, Treffpunkte für alle, innovative interkulturelle Projekte etc. sollen finanziell gesichert und weiterentwickelt werden. Migrant*innen in Arbeitsprogrammen sollen angemessen entschädigt und damit ein echter Beitrag zur Integration geleistet werden.
- Der öffentliche Raum soll für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern hindernisfrei gestaltet werden. Weiter sind ausreichende Sitzgelegenheiten in allen Quartieren und im Zentrum der Stadt Bern zu schaffen. In allen Quartieren gilt es, die Aneignung des öffentlichen Raums durch die Bevölkerung zu ermöglichen.

3. Wohnen und Quartierentwicklung

Trends und Herausforderungen

- Die Wohnungsnot trifft die Schwächsten am härtesten. Es besteht ein akuter Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Personen mit tieferem Einkommen. Auch Familien mit mittleren Einkommen oder Menschen mit speziellen Bedürfnissen wie Senior*innen und Menschen mit Behinderungen kommen zu kurz.
- In einzelnen Stadtteilen gibt es eine Verdrängung von Wohnraum durch Büros oder Praxen, obwohl es rechtliche Möglichkeiten gibt, dies zu verhindern.
- Die aktuellen Bestrebungen zur Innenverdichtung des bestehenden Siedlungsraums sind grundsätzlich richtig. Allerdings ist darauf zu achten, dass auch attraktive Aussenräume (inkl. Strassenraum) entstehen.
- Mit dem Übergang der Babyboomer-Generation in den Ruhestand entsteht ein grosser Bedarf an alternativen Wohnformen für diese Generation. Dies ist bei genossenschaftlichem und städtischem Wohnungsbau stark zu berücksichtigen, im Interesse einer demographisch sinnvollen Bevölkerungsstruktur.
- Mit der Überbauung Stöckacker Süd baute die Stadt erstmals wieder eigenständig Wohnungen. Die Siedlung ist schweizweit eine der ersten, welche als 2000-Watt-Areal zertifiziert ist und wird als Vorbild gesehen.
- In den kommenden Jahren entstehen in Bern vermehrt Genossenschaftssiedlungen. Die in diesen Siedlungen übliche Kostenmiete führt mittel- und langfristig zu preisgünstigem Wohnraum.
- Mit dem Viererfeld und dem Gaswerk-Areal besitzt die Stadt Bern auch eigenes Bauland und kann und muss direkt Einfluss nehmen, um auf die Trends und Herausforderungen zu reagieren.

Stossrichtungen für Impulse und Massnahmen

- Der gemeinnützige Wohnungsbau wird weiter gezielt gefördert, wie dies die deutlich angenommene Wohninitiative vorsieht.
- Mehrere grosse Projekte sind angestossen worden, um den genossenschaftlichen Anteil der Wohnungen in der Stadt Bern zu fördern. Die Überbauungen Warmbächli und Burgernziel werden bald realisiert. Die von der SP mitlancierte Wohninitiative ermöglicht, bei grösseren Einwohnungen nun mindestens einen Drittel gemeinnützige oder kostengünstige Wohnungen zu erstellen. Gleichzeitig haben wir es geschafft, mit dem Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum der Wohnungsnot entgegenzuhalten. Die beiden Massnahmen sind wichtige Schritte zu mehr bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Bern. Für eine soziale Wohnbaupolitik muss die SP eine Strategie entwickeln, damit das Ziel erreicht werden kann, dass mindestens ein Drittel der Wohnungen in genossenschaftlichem Besitz und ein weiteres Drittel in öffentlicher Hand ist.
- Die Überbauungsplanung Viererfeld bietet eine Chance für die Stadt. Neben Genossenschaftswohnungen muss hier auch günstiger kommunaler Wohnraum entstehen.
- Die Stadt Bern betreibt eine aktive Bodenpolitik und erwirbt Bauland und Immobilien. Sie besitzt und baut selbst Mietwohnungen und bietet ausreichend günstige Wohnungen an. Um den Ansprüchen dieser Bodenpolitik gerecht zu werden, soll das Wohnungsangebot des Wohnbaufonds kontinuierlich erweitert werden. Sie fördert das Engagement von Dritten im Wohnungsbau unter Berücksichtigung der Interessen der Stadt. Sie verkauft wenn möglich kein Land, sondern gibt es nur im Baurecht ab.

- Die Stadt stellt weiterhin günstigen Wohnraum mit Vermietungskriterien (GüWr) zur Verfügung. Das im Jahr 2011 neu eingeführte System der Objektunterstützung wird weitergeführt. Die Stadt setzt Vermietungskriterien für stadteigene preisgünstige Wohnungen korrekt um und kontrolliert diese in regelmässigen Abständen.
- Soziale und altersmässige Durchmischung soll sowohl kleinräumig im Quartier als auch grossräumig in der ganzen Stadt spielen. Dieser Durchmischung der Siedlungen ist mehr Aufmerksamkeit zu widmen und es sind entsprechende Massnahmen zu prüfen, um die Durchmischung zu verbessern.
- Die Planungsprozesse müssen darauf hinwirken, die Quartierentwicklung sozialräumlicher zu gestalten. Bei der Planung sollen die Quartierbewohner*innen, Mitarbeitende der Stadtplanung und der Fachstelle Sozialplanung, Mitglieder der Quartierkommissionen, das Schulamt (Schulraumplanung), Architekt*innen und Mitarbeitende sozialer Einrichtungen aktiv zusammenarbeiten. In die Quartierplanung ist einzubeziehen, dass Quartiere Räume benötigen, in welchen sich die Zivilgesellschaft betätigen und organisieren kann (z. B. Vereine, etwa im Bereich Musik, Sport, etc.). Dafür sind breit nutzbare Räume in Schulen sowie Quartiertreffs und Versammlungsräume vorzusehen. Dies gilt sowohl bei Stadterweiterungen als auch bei einer baulichen Verdichtung.
- Preisgünstiger Wohnraum ist wenn immer möglich zu erhalten. Die städtische Strategie ist folglich nicht prioritär auf einen grossflächigen Ersatz von preisgünstigen Siedlungen durch Neubauten auszurichten. Ein Abbruch von Siedlungen und deren Ersatz ist vor allem dann in Betracht zu ziehen, wenn der Sanierungsbedarf besonders hoch ist. Dabei ist Spekulation auszuschliessen und sicherzustellen, dass der neu erstellte Wohnraum preisgünstig ist.
- Die Zweckänderung von Wohnraum durch wohnfremde Nutzungen ist konsequent zu unterbinden. Artikel 16a der Bauordnung (Schutz von Wohnraum) muss mit systematischen Kontrollen konsequent umgesetzt werden.

4. Arbeit und Armut

Trends und Herausforderungen

- In vielen Erwerbsverhältnissen ist der Leistungsdruck enorm. Fälle von psychischen Erkrankungen aufgrund der Arbeitsbelastung, wie Burnout, nehmen zu.
- Vor allem gering qualifizierte und ältere Arbeitssuchende, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen ohne oder mit wenig Berufserfahrung auf dem Schweizer Arbeitsmarkt, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sowie Menschen mit einer Behinderung haben grosse Mühe, eine passende Erwerbsarbeit zu finden.
- Frauen sind besonders von niedrigen Löhnen und Lohndiskriminierung betroffen.
- Viele Menschen, welche im Niedriglohnsektor arbeiten, sind nicht in der Lage, ihren Existenzbedarf mit ihrem eigenen Lohn zu decken. Sie sind auf Unterstützung durch Verwandte und Freunde oder ergänzende finanzielle Unterstützung im Rahmen der Sozialhilfe angewiesen.
- Menschen arbeiten unfreiwillig in mehreren Jobs parallel und/oder auf Abruf, gezwungenermassen in einer «Scheinselbständigkeit», in Teilzeitpensen, z.B. wegen Betreuungspflichten oder wegen fehlenden Stellen mit einem höheren Arbeitspensum.
- Die öffentliche Sozialhilfe hat sich durch den politischen und medialen Druck verändert. Im Fokus steht heute die Kontrolle der Sozialhilfebeziehenden (hohe Anzahl von Massnahmen zur Bekämpfung von Missbrauch, aktivierender Sozialstaat, «Sozialschmarotzer», etc.) und nicht mehr deren Unterstützung. In der Praxis der Sozialdienste werden gesamtgesellschaftliche Problemstellungen wie wandelnder Arbeitsmarkt, Sockelarbeitslosigkeit, psychische Erkrankungen, Abbau bei Sozialversicherungen, Migrationsbewegungen etc. zunehmend im Individuum verortet, womit der Druck auf die Sozialhilfebeziehende enorm steigt. In der Praxis stellen sich deshalb vermehrt Fragen zu den Grundrechten der Hilfesuchenden.
- Rund 16'000 Personen in der Stadt Bern sind arm oder armutsgefährdet. Von dieser oft versteckten Armut betroffen sind vor allem Menschen mit schlechter Ausbildung, Ein-Eltern-Familien, ältere und kranke Personen, Menschen mit Behinderungen sowie über 4'000 Kinder.
- Gemäss Bundesamt für Statistik ist die Zahl der Sozialhilfebeziehenden im Alter von 55 – 64 Jahren in der Schweiz zwischen 2010 (20'011 Personen) und 2016 (30'110 Personen) um 50.5% gestiegen. Diese Entwicklung ist auch in der Stadt Bern feststellbar und kann keineswegs auf ein individuelles Fehlverhalten der Betroffenen zurückgeführt werden. Es benötigt dringend politische Massnahmen, um der drohenden Altersarmut gezielt vorzubeugen.
- Armut bedeutet für Kinder, dass sie ein erhöhtes Risiko haben, Krankheiten, Verhaltensauffälligkeiten, Übergewicht oder kognitive Entwicklungsrückstände zu entwickeln.

Stossrichtungen für Impulse und Massnahmen

- **Aktive Wirtschaftspolitik:** Gute Rahmenbedingungen und Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur sind wichtig, um die wirtschaftlichen Chancen von Bern zu verbessern und nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und genügend Arbeitsplätze zu ermöglichen.
- **Aktive Bildungspolitik:** Gute Bildung für alle schafft Perspektiven. Um die Armutsgefährdung langfristig und nachhaltig zu minimieren, sind Bildungschancen und Chancengerechtigkeit für alle zu fördern. Dazu gehört auch der Zugang zu Stipendien für jene, die sich sonst keine Ausbildung leisten können.
- **Armut muss ein öffentliches Thema werden:** Oberstes Ziel ist es, aus der Armut herauszukommen. Eckpunkte dafür sind: Mindestlöhne, welche den Lebensbedarf abdecken; ausgebaute, leicht zugängliche soziale Infrastruktur; erleichterter Zugang zu Aus- und Weiterbildungsangeboten sowie Ergänzungsleistungen für Familien und allenfalls ein Grundeinkommen.
- **Integration von Langzeitarbeitslosen:** Nachhaltige und qualitativ gute Angebote zur beruflichen und sozialen Integration von Langzeitarbeitslosen erhöhen die Chancen zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und tragen zum Erhalt einer Tagesstruktur, dem Pflegen von sozialen Kontakten und einer Stabilisierung bei. Den Zwang, an derartigen Angeboten teilzunehmen, lehnen wir ab.
- Die SKOS schlägt als Alternative zur Sozialhilfe für Menschen über 55 Jahre folgendes vor: Menschen, welche ab dem Alter von 55 Jahren ihre Stelle verlieren und 20 Jahre gearbeitet haben, sollen bis zur Pensionierung Leistungen der ALV beziehen können. Die SP Stadt Bern unterstützt diesen Vorschlag.
- Die Stadt Bern als Arbeitgeberin fördert die Anstellung von ArbeitnehmerInnen 50+ systematisch und stellt dies auch bei Unternehmungen, die nicht mehr zur Stadtverwaltung gehören wie Bernmobil, Domicil Bern, etc. oder im Zusammenhang mit Leistungsverträgen sicher.
- **Hilfe zur Selbsthilfe:** Die betroffenen Menschen sind individuell ernst zu nehmen, indem ihre eigenen Vorstellungen zur Bekämpfung der Armut sowie zur sozialen und beruflichen Integration aufgenommen werden. Auf kollektiver Ebene ist die Selbstorganisation der Armutsbetroffenen zu fördern, indem entsprechende Organisationen unterstützt und diese zur Mitwirkung in der Armutsbekämpfung und den Integrationsbestrebungen eingeladen werden.
- **Aufbau auf den eigenen Ressourcen:** Integration kann nur mit und nie gegen den Willen der Betroffenen gelingen. Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit, z.B. gemeinnützige Aktivitäten, selbst gewählte Tätigkeiten etc. sind anzuerkennen und selbstverwaltete Betriebe sind zu fördern.
- **Förderung der Weiterbildung:** Erwerbslose Menschen sollen die regulären, auf dem Markt angebotenen Bildungs- und Weiterbildungsangebote nutzen können. Es braucht nur in Ausnahmefällen spezielle Weiterbildungsangebote für Erwerbslose. Weiter ist die Weiterbildung und Förderung von Teilzeitarbeitenden zentral.
- **LGBTIQ-Personen sind häufig mit Benachteiligung konfrontiert und sind traditionell und bis heute teilweise schwerwiegenden rechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierungen durch den Staat und Private ausgesetzt. Beklagt wird vor allem eine Diskriminierung im Erwerbsleben. LGBTIQ-Personen sind – je nach Branche und Arbeitsort – massiver Benachteiligung und Belästigung ausgesetzt und werden in ihrem beruflichen Fortkommen behindert.**

- Sozialhilfe für Menschen mit keinem oder ungenügendem Einkommen: Die SKOS-Standards sind zu verteidigen und nicht zu unterschreiten und die SKOS-Richtlinien bestmöglich zu Gunsten der beruflichen und gesellschaftlichen Integration der Betroffenen anzuwenden. Negative Erwerbsanreize sind durch steuerliche Entlastungen von Personen mit tiefen Einkommen zu eliminieren. Die SP Stadt Bern lehnt die auf kantonaler Ebene geplanten Kürzungen im Sozialhilfegesetz (Grossratssession November 2017 / März 2018) vehement ab.
- Respektierung der Grundrechte: Viele Armutsbetroffene kennen ihre Rechte nicht genügend oder sind nicht in der Lage, diese einzufordern und durchzusetzen. Die Ombudsstelle der Stadt leistet zwar gute Arbeit; wenn ihre Schlichtungsversuche jedoch erfolglos sind, kann sie nichts mehr tun. In solchen Fällen – oder solchen, welche nicht die städtische Verwaltung betreffen – benötigen Armutsbetroffene eine unentgeltliche Rechtshilfe.

Prioritäre Massnahmen für die Stadt Bern

1. Unabhängige Rechtshilfestelle: Zur Wahrung der Grundrechte von armutsbetroffenen Menschen soll die Stadt Bern einen Leistungsvertrag mit einer unabhängigen und unentgeltlichen Rechtshilfestelle (z.B. der Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not) abschliessen.
2. Sicherung des Grundbedarfs für Sozialhilfeempfänger*innen: Es soll geprüft werden, wie die Sozialhilfeunterstützung – auch nach einer allfälligen Reduktion des Grundbedarfs als Folge der Revision des kantonalen Sozialhilfegesetzes – auf städtischer Ebene weiterhin gemäss den SKOS-Richtlinien ausgerichtet werden kann.
3. Einführung einer «City Card»: Die Stadt Bern führt nach dem Konzept der Urban Citizenship (Stadtbürger*innenschaft) eine «City Card» für alle in der Stadt Bern lebenden Menschen ein. Damit wird allen Bewohner*innen der Stadt Bern der Zugang zu Ressourcen und sozialen Rechten ermöglicht - unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Das Positionspapier wurde von der Arbeitsgruppe Sozialpolitik erarbeitet und von der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern am 7. Mai 2018 verabschiedet.